

persönlich publiziert

HISTORISCHE STANDORTBESTIMMUNG DER SCHWEIZ IN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATIONSENTWICKLUNG

Im Hinblick auf das formelle Verhandlungsgesuch der Schweiz an die EWG für eine "allfällige Assoziation in geeigneter Form" stellte der Bundesrat im Dezember 1961 fest, dass "die Ausarbeitung einer schweizerischen Konzeption über die unseren Verhältnissen am angemessensten erscheinende Regelung beschleunigt fortgesetzt werden müsse". Dabei gelte es, das Integrationsproblem "sowohl unter wirtschaftlichen als auch unter politischen Gesichtspunkten" zu prüfen (Antrag des EPD und EVD vom 7.12.61). Zu diesem Zweck fasste der Bundesrat am 11.12.61 Beschluss über "organisatorische Massnahmen für die Behandlung der Integrationsprobleme". Er setzte 14 Arbeitsgruppen unter Leitung des jeweiligen Direktors des zuständigen Bundesamtes ein, die unter Beizug von Experten und Vertretern der betroffenen Wirtschaftsorganisationen die Verhandlungsgrundlagen vorzubereiten hatten. Diese Arbeitsgruppen waren der vom Direktor der Handelsabteilung präsidierten ständigen Wirtschaftsdelegation unterstellt. Als zentrale Dokumentations- und Verbindungsstelle wurde gleichzeitig ein gemeinsames Integrationsbüro des EPD und EVD geschaffen.

Neben 13 sachlich genau umschriebenen Arbeitsgruppen, darunter auch diejenigen für "Neutralitätspolitik, Neutralitätsrecht und institutionelle Fragen" sowie für "Probleme der internen staatsrechtlichen und gesetzlichen Anpassung an den Römer-Vertrag" wurde mit allgemeinem Mandat als Schlusspunkt eine 14. Arbeitsgruppe für "historische Standortbestimmung" unter Leitung von Minister Albert Weitnauer, damals Delegierter für Handelsverträge, geschaffen. Dieser hatte sich unter den Chefbeamten durch seine breite Bildung und historischen Kenntnisse ausgezeichnet. Er wurde denn auch zum Delegierten des Bundesrates für Spezialmissionen ernannt und wechselte später als Botschafter in London und Staatssekretär ins EDA hinüber. Er präsierte die Arbeitsgruppe mit Botschafter Jacobi als Stellvertreter auch nach seinem Rücktritt vom Bund bis November 1983. Die Nachfolge übernahm Staatssekretär Probst. Die letzte Sitzung fand im Juli 1985 statt; dann stellte die Arbeitsgruppe ohne formellen Auflösungsbeschluss ihre Tätigkeit ein.

Arbeitsweise, Thematik und Zusammensetzung der Gruppe wurden vom Präsidenten im Einvernehmen mit den Chefs des EVD und EPD bestimmt und dann laufend erneuert. Am aktivsten arbeitete diese Gruppe im Vorfeld der Integrationsverhandlungen, also

während der 60er Jahre. Sie befasste sich damals sowohl mit den einzelnen politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Integrationsproblematik für die Schweiz als auch den möglichen Auswirkungen auf die Beziehungen zu den USA, Osteuropa und den Entwicklungsländern. Die Themen lauteten: "Europa nach de Gaulle"; "Die Deutschlandfrage"; "L'équilibre mondial et l'Europe"; "Beziehungen zwischen West und Ost"; "Le déficit américain"; "Europäische Integration und Verfassungsreform"; "Aktuelle Probleme der Verteidigung der neutralen Schweiz"; "Schweiz und UNO" etc. Nach Genehmigung des Freihandelsabkommens traten weltpolitische Fragen in den Vordergrund, z.B. Amerika und das Weltgleichgewicht; aussenpolitischer Terminkalender; sowjetische Weltpolitik; Freihandel oder Protektionismus; ein weltpolitisches Problem; Stand der Entwicklungspolitik etc. Vereinzelt wurden auch innenpolitische Fragen angeschnitten, wie z.B. das Jura-Problem und die kulturpolitische Ausstrahlung der Schweiz.

Nach einem einleitenden Referat fand jeweils eine freie Diskussion unter den Teilnehmern statt, die in einem ausführlichen Protokoll als einzigen greifbarem Ergebnis festgehalten und das sämtlichen Bundesräten sowie den Teilnehmern als rein persönliche Dokumentation und Gedankenstütze zugestellt wurde. Die einzige Indiskretion erfolgte in der Jura-Frage. Danach wurden verschärfte Sicherheitsmassnahmen getroffen (numerierte Exemplare). Die Chefs des EPD/EDA sowie des EVD und ihre Vorgänger wurden jeweils als Gäste zu den Sitzungen eingeladen; andere Bundesräte, die ein Interesse bekundeten, in Einzelfällen ebenfalls. Das Ziel bestand somit ausschliesslich in einem freien Gedankenaustausch zur Ausweitung des Horizonts über die aktuellen Tagesprobleme hinaus.

Die Zusammensetzung der Gruppe wurde auf diese Zielsetzung ausgerichtet und umfasste im Laufe der Zeit:

- Akademiker

vor allem Historiker wie Prof. Broggin, Philippe Bois, Böhlen, Bonjour, Calgari, Jean-Claude Favel, Jacques Freymond, Walther Hofer, Herbert Lüthy, Roland Ruffieux, Charles Tavel, J.R. von Salis; und Politologen wie Daniel Frei, Kurt Gasteyger

- Journalisten

Bernard Beguin, Willy Bretscher und später Hugo Büttler, Jacques Simon Eggly, François Landgraf

- Parlamentarier

Raymond Broger, Peter Dürrenmatt, Pierre Graber, Carlos Grosjean, Walther Hofer, Arnold Koller, René Meyland, Olivier Reverdin, Gertrud Spiess, Max Weber

- Wirtschaftsvertreter

Gérard Bauer, Alexander Jetzer, Franz Luterbacher, Paul Rüeegger

nicht Wirtschaft

- Aktive Diplomaten und solche im Ruhestand

Pierre Micheli, Pierre von Salis, Max Troendle, de Torrenté, jeweiliger Delegationsschef in Brüssel, etc.

- Chefbeamte

Die höchsten direkt mit Integrationsfragen befassten Chefbeamten des EPD/EDA, der Handelsabteilung, der Finanzverwaltung sowie ein hoher Militär (Divisionär oder Korpskommandant) (ca. 10 Teilnehmer).

Vor diesem tatbeständlichen Hintergrund könnte in der heutigen Situation diese Arbeitsgruppe mit den gleichen Modalitäten unter folgenden Voraussetzungen wiederum aktiviert werden. Sehr bewährt hatte sich namentlich

- die geringe Institutionalisation und flexible Zusammensetzung je nach Thema;
- die fachliche Kompetenz als Teilnahmekriterium. Nur bei den Parlamentariern wurde auf das parteiliche Gleichgewicht, bei den Akademikern und Journalisten auf Einbezug der verschiedenen Landesteile Rücksicht genommen.
- die unverbindliche Gastrolle der Bundesräte, die departementale Kompetenzkonflikte vermied;
- die absolute Vertraulichkeit, die eine freie und pointierte Diskussion ermöglichte;

- die offene Zutrittsmöglichkeit für Chefbeamte der Zentrale wie für Diplomaten, die die Verbindung der Innenpolitik zur Aussenwelt schuf.

- Einige Beispiele möglicher Diskussionsthemen in der heutigen Situation: aussereuropäische Schwerpunkte der Aussenpolitik; institutionelle Konsequenzen einer Osterweiterung der EU; politische Auswirkungen regionaler Wirtschaftsblöcke; Handlungsmöglichkeiten des Kleinstaates in internationalen Wirtschaftsorganisationen; Möglichkeiten und Grenzen einer bilateralen oder regionalen Zusammenarbeit der Schweiz mit Nachbarstaaten; internationale Bedeutung und globale Vernetzung von Wissenschaft und Kultur; etc. etc.



Mit aufrichtigem herzlichen
Danke für Ihre unermüdeten
Angaben als kleine Freundesleistung

PAUL RODOLPHE JOLLES

- 1) den Text des informellen BRD
vom 11. XII. 61
- 2) Melieu ergänzte Abk. der ich noch
die Themen der Ober Jahre beigefügt

BERN

habe. Alle diese Nadeln
reihentilich behandeln, da sie
nur für den inneren Kreis des
Reihen freige bestimmt ist.

Höchstens fünf, Paul.